Zur Vorgeschichte der Königlichen Kabinetts- ordre an Kant vom 1. Oktober 1794.

Neue Mitteilungen von Dr. Emil Fromm, Stadtbibliothekar in Aachen.

Kants Konflikt mit der preussischen Censurbehörde fällt in den Juni 1792. Seine „Religion innerhalb der Grenzen der blossen Vernunft“, deren zweites Stück die Veranlassung zu dem Konflikt gegeben hatte, und in deren Vorrede er den für die Freiheit der Forschung bedeutungsvollen Streit mit der Censur fortsetzte, erschien dann zur Ostermesse 1793. Es wäre nicht verwunderlich gewesen, wenn man von Berlin aus sogleich mit irgend welchen Massnahmen gegen die Kühnheit des Philosophen vorgegangen wäre. Es geschah aber nichts, zunächst auch nicht als zu Ostern 1794 die zweite Auflage des gefährlichen Buches, wiederum bei Nicolovius in Königsberg, herauskam. Erst unterm 1. Oktober 1794 ist die von Woellner gezeichnete Königliche Kabinettsordre ergangen, welche Kant den Vorwurf machte, seine Philosophie „zu Entstellung und Herabwürdigung mancher Haupt- und Grundlehren der heiligen Schrift und des Christentums“ namentlich in der „Religion innerhalb der Grenzen der blossen Vernunft“, desgleichen in anderen kleineren Abhandlungen missbraucht zu haben, und ihm zugleich befahl, sich künftighin nichts dergleichen zu Schulden kommen zu lassen. Was, so müssen wir fragen, hat diesen „königlichen Spezialbefehl“ unmittelbar herbeigeführt, wann ist der Beschluss zu einem Vorgehen gegen Kant gefasst worden und wer ist die treibende Kraft in diesem denkwürdigen Schauspiele gewesen?

In dem dritten seiner „Beiträge zu dem Material der Geschichte von Kants Leben und Schriftstellerthätigkeit in Bezug auf seine Religionslehre und seinen Konflikt mit der preussischen Regierung“ hat Emil Arnoldt¹⁾ neuerdings versucht, diese Fragen zu beantworten, er hat aber dabei das Richtige meines Erachtens nicht getroffen. Denn nicht durch logische Kombinationen lassen sich die Fragen erledigen, sondern allein auf Grund des aktenmässigen Materiales. Zwar sind es nur wenige Notizen, welche über die Vorgeschichte der Kabinettsordre vom 1. Oktober sich in den Akten des Geheimen Staatsarchivs in Berlin vorfinden, sie sind aber wichtig genug, um ans Licht gezogen zu werden.²⁾

¹⁾ Vgl. meine in dem Litteraturbericht dieses Heftes gegebene Besprechung der „Beiträge“.

²⁾ Ich verdanke den Nachweis der Notizen der Güte der Direktion des Kgl. Geheimen Staatsarchivs.

Arnoldt legt Gewicht darauf, dass in dem Woellner'schen Reskripte neben der „Religion“ auch kleinere Abhandlungen Kants als anstössig herangezogen sind, und er glaubt darnach suchen zu müssen, welche Abhandlungen eigentlich gemeint seien und insbesondere welche der nach der ersten Auflage der „Religion“ erschienenen Abhandlungen Woellner wohl zu dem entscheidenden Schritte gedrängt habe. Ich fasse seine Ausführungen zunächst kurz zusammen.

Der erste Aufsatz, welchen Kant unter Woellners Regiment in der Berlinischen Monatsschrift, im Septemberheft 1791, „über das Misslingen aller philosophischen Versuche in der Theodicee“ erscheinen liess, war, wie Arnoldt im einzelnen ausführt, wohl geeignet, die Berliner Glaubensdespoten zu reizen. In der Schilderung der Freunde Hiobs, in der Schilderung „ihrer Tücke“ durften Woellner und Hermes sich einen Spiegel vorgehalten und das Verdammungsurteil Gottes wider Hiobs Freunde auf sie selbst angewendet glauben; namentlich aber war die „Schlussanmerkung“ des Aufsatzes unzweideutig auf den Gewissenszwang gemünzt, den Woellner und Hermes mit ihrem 1790 erlassenen „Schema examinis candidatorum“ auszuüben versuchten. Auch die Abhandlung über den Gemeinspruch: „Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“, welche Kant zum Ersatz des von den Berliner Censoren zurückgewiesenen zweiten Stückes der philosophischen Religionslehre für die Berlinische Monatsschrift, im Septemberheft 1793, geliefert hatte, unterliess es nicht, dem Woellner'schen Regiment auf kirchlichem Gebiete nebenher zu opponieren, und trat hauptsächlich im zweiten und dritten Abschnitte „vom Verhältnis der Theorie zur Praxis im Staats- und Völkerrecht“ mit Grundsätzen hervor, deren Anerkennung eine Verurteilung des bestehenden Regierungssystems in Preussen wie in anderen Ländern Europas nach sich ziehen musste. Auf diese Angriffe reagierte Woellner so wenig, wie auf das Erscheinen der „Religion innerhalb der Grenzen“, obgleich der Druck gegen die Berliner Censurbehörde von Kant durchgesetzt worden war, auch die Publikation der zweiten Auflage der „Religion“ liess er ruhig geschehen; er schenkte sich vor dem Einschreiten wohl, wie Arnoldt meint, „weil er die Folgen davon nicht absehen konnte“. Da erschien im Juniheft der Berliner Monatsschrift 1794 Kants Aufsatz über „das Ende aller Dinge!“ Schon Kuno Fischer hat seine Darlegungen über diesen Aufsatz mit dem Hinweise abgeschlossen, dass man in der Schilderung der Urheber des widernatürlichen Weltendes die Züge der Woellner, Hillmer, Hermes, Woltersdorf u. a. erkennen und die Kantische Arbeit als ein auf das verkehrte Treiben des damaligen Zeitalters geworfenes grelles Schlaglicht ansehen könne. Dabei wird man Kant jedoch nicht die Absicht unterschieben müssen, dass er den Aufsatz lediglich zu dem Zwecke verfasst habe, gegen die thörichten Massregeln der Berliner Glaubenszuchtmeister von neuem Opposition zu machen. Auch der dritte Teil, welcher speziell als ein scharfer Angriff gegen Woellners Kirchenregiment angelegt und ausgestaltet ist, entbehrt nicht eines allgemeinen Charakters; aber die allgemeinen Gedanken, in denen sich die Auseinandersetzung fortbewegt, enthalten eben so viele bittere Anzüglichkeiten gegen jenes Regiment, und „insgesamt stellen sie mit

einer originellen Mischung von Treuherzigkeit und Ironie es als eine grosse Thorheit dar“. Und nun, so argumentiert Arnoldt, war Kants Mass bei Woellner voll gemacht; der Aufsatz über „das Ende aller Dinge“ hat den Minister dahin gebracht, die Schale des Zornes, der sich bei ihm wider jenen angesammelt hatte, auszuschütten. Also — erst im Juni 1794 wird ein Einschreiten gegen Kant beschlossen, und Woellner nebst seinen Genossen allein ist das berüchtigte Anklagerescript gegen den greisen Philosophen zuzurechnen.

Die Dinge liegen in Wirklichkeit gänzlich anders!

Schon Martin Philippson hat in seiner „Geschichte des Preussischen Staatswesens vom Tode Friedrich des Grossen bis zu den Freiheitskriegen“, Bd. II, S. 81 darauf hingewiesen, dass in einer Sitzung der Geistlichen Immediat-Examinations-Kommission vom 2. April 1794 ausser Massnahmen gegen Niemeyer und Nösselt in Halle auch beschlossen worden sei, gegen den Frankfurter Professor Steinbart und gegen Hasse und Kant in Königsberg einzuschreiten. In dem Sitzungsberichte heisst es nun, was bei Philippson nicht steht, wörtlich: „Mit Steinbart, Hasse und Kant soll alles geschehen, was in der Zeitfolge die anzustellenden näheren Untersuchungen ergeben werden“, und es unterliegt keinem Zweifel, dass dieser Beschluss der Immediat-Kommission direkt auf einen eigenhändigen Brief König Friedrich Wilhelms II. an Woellner d. d. Potsdam den 30. März 1794 zurückzuführen ist. In diesem Briefe schreibt der König: „Zu Frankfurt ist Steinbart, der auch da wird fortmüssen; zu Königsberg Hasse, der ein Haupt-Neologe ist; desgleichen mit Kantens schädlichen Schriften muss es auch nicht länger fortgehen.“ Das Schreiben schliesst dann mit den Worten: „Diesem Unwesen muss absolut gesteuert werden, eher werden wir nicht wieder gute Freunde.“¹⁾ — Gerade das Jahr 1794 bildet, wie Paul Bailleu neuerdings ausgeführt hat,²⁾ für die Stellung Woellners zum Könige einen Wendepunkt. „Durch die Teilnahme an dem Kriege gegen Frankreich, durch die Erwerbung Südpreußens war das Interesse des Königs an der Bekämpfung der Aufklärung zeitweise abgelenkt, keineswegs erloschen. Als er im März 1794 von der Examinations-Kommission Berichte erhielt, welche die Erfolglosigkeit der bisherigen Massregeln einräumten, brauste sein Eigenwille hitzig auf.“ Er tadelte Woellner, der ein gelindes Verfahren zu rechtfertigen suchte, in den schärfsten Ausdrücken, er nahm ihm das Baudepartement ab, damit er „sich ganz der Sache Gottes widmen“ könne, zugleich erliess er eine Reihe von Verfügungen, um „in seinen Staaten ein rechtschaffenes thätiges Christentum als den Weg zur wahren Gottesfurcht aufrecht zu erhalten“ und verlangte von Woellner das energischste Vorgehen auf Grund der erlassenen Bestimmungen. Man sieht, so schliesst Bailleu seine Ausführungen, was als Höhepunkt des Woellner'schen Regiments immer bezeichnet wurde, ist thatsächlich ein ganz persönlicher Vorstoss des Königs in dem Kampfe gegen die Aufklärung, das letzte

¹⁾ Die Schlussworte mitgeteilt von P. Bailleu in dem Artikel „Woellner“ der Allgemeinen Deutschen Biographie, Bd. 44, Liefg. 1, 1898, S. 157.

²⁾ Ebenda S. 156.

Aufflackern seiner alten Kampfeslust, die mit der bald darauf eintretenden Abnahme seiner körperlichen und geistigen Kräfte gleichfalls allmählich verlöscht.

Gemäss den königlichen Weisungen wurde nun sogleich nach jener Sitzung der Immediat-Kommission vom 2. April mit den Massregeln gegen die Universitäten begonnen. Unterm 15. April 1794 erging ein Reskript an Johann Gottfried Hasse als Verfasser einer im Jahre 1792 erschienenen Broschüre „über jetzige und künftige Neologie“; dass auch Kant an die Reihe kommen werde, muss bald darauf in weiteren Kreisen sich verbreitet haben. Kant selbst hielt seine Stellung bereits, als er die Juni-Abhandlung an die Berlinische Monatsschrift übersandte, für bedroht; denn er schrieb am 18. Mai 1794 an Biester:¹⁾ „Ich eile, hochgeschätzter Freund! Ihnen die versprochene Abhandlung zu übersenden, ehe noch das Ende Ihrer und meiner Schriftstellerey eintritt Ich danke für die mir ertheilte Nachricht und überzeugt, jederzeit gewissenhaft und gesetzmässig gehandelt zu haben, sehe ich dem Ende dieser sonderbaren Veranstaltungen ruhig entgegen Das Leben ist kurz, vornehmlich das, was nach schon verlebten 70 Jahren übrig bleibt; um das sorgenfrey zu Ende zu bringen, wird sich doch wohl ein Winkel der Erde ausfinden lassen.“ Im Mai oder Juni 1794 kam die Kunde, dass Kant seine Demission sogar schon erhalten habe, weil er einige Sätze in seinem Buche „Religion innerhalb der Grenzen der blossen Vernunft“ nicht habe widerrufen können und wollen,²⁾ durch einen anonymen Brief nach Helmstedt an den Professor der Theologie, Abt H. Ph. K. Henke. Dieser besprach die Angelegenheit sogleich mit seinem Kollegen, dem Professor Heinrich Phil. Sextro, der den Plan, Kant nach Helmstedt zu ziehen, schon früher mit dem die Universitätssachen in Braunschweig bearbeitenden Geheimen Justizrat Joh. Paul Mahner erwogen hatte. Sextro stellte in einem Schreiben vom 26. Juni 1794 Mahner jetzt anheim, den Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von der Lage Kants und von der Möglichkeit, ihn für Helmstedt zu gewinnen, zu unterrichten. Zugleich trat auch der Vertreter der Philosophie in Helmstedt, Gottlob Ernst Schulze, der Verfasser des Aenesidemus, eifrigst für Kant ein; er richtete gleichfalls am 26. Juni an Mahner einen Brief, in welchem er ausführte, dass es für die Universität ein sehr grosser Gewinn sein würde, wenn der berühmte, und um die Philosophie wahrhaft unsterblich verdiente Mann, unter die Lehrer auf

¹⁾ Mitgeteilt nach einem Excerpt in Reickes Kant-Briefsammlung von Arnoldt a. a. O. S. 93.

²⁾ Der Kommandant in Königsberg, so lautete die Nachricht, hatte Kant zu sich kommen lassen und ihn befragt: ob er die in seinen Schriften vorgetragenen Meinungen widerrufen wolle oder nicht? „Er mögte darauf nur sogleich mit ja oder nein antworten. Als nun Kant erklärte, er würde nichts widerrufen, so hat ihm der Kommandant gesagt, er erhalte hiermit die Entlassung von seinem Amte als Professor der Philosophie in Königsberg“ (vgl. Paul Zimmermann im Braunschweigischen Magazin, Bd. 2, Braunschweig 1896, S. 172f., wo die geplante Berufung Kants nach Helmstedt zum ersten Male eingehend behandelt ist; die interessanten Mitteilungen Zimmermanns sind Arnoldt entgangen, sie sind aber auch sonst in der Kant-Litteratur bisher unbeachtet geblieben).

derselben gehörte, und dass er trotz seiner bekannten Stellung zur Kantischen Philosophie gern dazu beitragen möchte, „dass der grosse Mann unserer Akademie zu Teil würde und sein Leben unter dem Schutze eines Fürsten beschlösse, in dessen Staate die verfolgte Philosophie, wie einst in dem Staate Friedrich des Grossen, Sicherheit gegen den Aberglauben und die Unwissenheit findet.“ Mahner hat die Angelegenheit sogleich bei dem Herzoge zur Sprache gebracht, jedoch nicht mit Erfolg. In einem eigenhändigen Schreiben vom 28. Juni führte der Herzog ablehnend aus, dass die Berufung nichts gegen sich haben würde, „würden nur nicht die Meinungen über theologische und philosophische Gegenstände in jetzigen Zeiten, wo ganz Europa gespannt ist, und wo selbst die mächtigsten Regierungen in Besorgnis schweben, als die Quellen der unabsehnlichen Unruhen betrachtet“; aus politischen Rücksichten, namentlich um sich nicht in einen offenbaren Gegensatz zu Preussen zu stellen, glaube er von dem Antrag absehen zu müssen. Am 1. Juli antwortete daher Mahner den Helmstedter Professoren, „dass Serenissimus aus politischen Rücksichten bedenklich fänden, auf eine Vocation Kants einzugehen.“

Inzwischen hatte Hasse ein würdeloses Rechtfertigungsschreiben bei Woellner eingereicht, worauf unterm 19. August 1794 von Berlin aus verfügt wurde, dass er sich in seinem mündlichen Unterricht und in seinen Schriften genau nach dem Religionsedikt zu richten habe, widrigenfalls unfehlbar strengere Verfügungen gegen ihn ergehen würden. Gleichzeitig war eine Untersuchung über Ausschreitungen geführt worden, welche Studenten angeblich in einer der Königsberger Kirchen verübt hatten. Die dem Gebiete der Komik angehörige Angelegenheit¹⁾ fand ihren Abschluss durch ein Reskript Woellners vom 30. September 1794; das Datum des folgenden Tages trägt die Kabinetsordre an Kant. Der Unterschrift Woellners waren die Worte vorangestellt: „Auf Seiner Königl. Majestät allergnädigsten Specialbefehl“; mochten solche Worte auch sonst nur einen formellen Wert haben, hier bezeichneten sie genau den Thatfachen entsprechend die Entstehung des Reskriptes.

Ich fasse das Gesagte zusammen: Die Zurückweisung des 2. Stückes der Religionsschrift durch die Berliner Censur und die von Kant gegen die Berliner Censur durchgesetzte Veröffentlichung des vollständigen Buches, das sind die Thatfachen, welche die Schriftstellerei des Philosophen dem König Friedrich Wilhelm II. als gefährlich erscheinen liessen. Dieser Schriftstellerei sollte ein Ziel gesetzt werden, und man braucht daher, wenn Friedrich Wilhelm von „Kantens schädlichen Schriften“ spricht, nicht etwa danach zu suchen, welche kleinere Abhandlungen er ausser der „Religion“ noch im Auge gehabt haben könne. Dass nicht sogleich nach dem Erscheinen der ersten Auflage der „Religion“ eingeschritten worden ist, war durch äussere Umstände bedingt. Der König selbst ist die treibende Kraft in der energischen Bekämpfung der „Aufklärung“, und sobald die politischen Ereignisse ihm wieder Zeit und

¹⁾ Näheres über diese Dinge findet sich in meiner Schrift „Immanuel Kant und die preussische Censur“ (Hamburg u. Leipzig 1894) S. 45 ff.

Musse für diese Dinge liessen, hat er durch persönliches Eingreifen auch die Massnahmen gegen Kant hervorgerufen.¹⁾ Sie sind am 2. April 1794, wo in der Immediat-Kommission das eigenhändige Schreiben des Königs zur Beratung gestanden hatte, eine beschlossene Sache. Dass Woellner dann bei der Abfassung des Reskriptes vom 1. Oktober 1794 sich auch über die in den letzten Jahren erschienenen kleineren Abhandlungen Kants unterrichtet haben wird, ist allerdings begreiflich und wahrscheinlich und ebenso, dass unter diesen Abhandlungen der Juni-Aufsatz 1794 seinen besonderen Unwillen erregt haben mag. Um seinetwillen hat er vielleicht die kleineren Arbeiten Kants in seiner Verfügung noch besonders herangezogen, darin mag Arnoldt Recht haben. Hinfällig hingegen sind Arnoldts Ausführungen,²⁾ soweit sie Woellner allein die Schuld an dem Vorgehen gegen Kant beimessen und die Massregelung erst durch den Juni-Aufsatz über „das Ende aller Dinge“ direkt veranlasst sehen.

¹⁾ Ich weise gleich hier eine Unterstellung zurück, welche Arnoldt in dem Vorwort seiner „Beiträge“ (vgl. unten) S. IV Anmerk. gegen mich gemacht hat. Er spricht da mit offenbarer Beziehung auf meine eben zitierte Schrift von „Kants auch schönfärbender Charakteristik“ Friedrich Wilhelms II., die aber doch eine leise — freilich viel zu leise — Anspielung auf das lästerliche Privatleben des Königs enthalte. Ich habe in meiner Schrift S. 18, Anm. 2 das Buch von Paulus Cassel eine ungeschickte und konfuse Verteidigungsschrift des Königs genannt und damit meine Auffassung über Friedrich Wilhelm genügend gekennzeichnet. Gefärbt zu Gunsten des Königs habe ich dort so wenig irgend etwas, wie ich es hier thue; ich habe nur verschmäht, mich mit der liederlichen Gesellschaft, die damals in den Königlichen Schlössern dominierte, behaglich zu befassen, weil das nicht zur Sache gehörte. Gerade das scheint Arnoldt aber besonders übel vermerkt zu haben.

²⁾ Auch Paulsen in seinem neuen Kantbuch S. 366 schliesst sich denselben noch an.